

II-9577 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 24. Dezember 1989

GZ. 702/2-II.6/89

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
Dr. Khol betreffend Forschungsprojekte
mit dem Themenschwerpunkt Europa

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

4402 IAB
1989 -12- 29
zu 4491 J
Parlament
1017 W i e n

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Khol hat am 11. November unter der Zahl 4491/J-NR 1989 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Forschungsprojekte mit dem Themenschwerpunkt "Europa" gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. Welche Forschungsaufträge mit dem Themenschwerpunkt Europa haben Sie vergeben, die noch nicht abgeschlossen sind (Gliederung der Antwort nach
 - a) Themenschwerpunkt
 - b) Forschungsziel
 - c) beauftragten Personen bzw. Instituten
 - d) Termin der Fertigstellung und der Publikation der Studie sowie Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit und das Parlament)?
2. Welche Forschungsaufträge auf dem Gebiet von Europa sind in unmittelbarem Planungsstadium bzw. in Prüfung (Aufschlüsselung der Antwort nach den Kriterien a) bis d) der ersten Frage)?
3. Gibt es Themenstellungen, die von Ihrem Ministerium aus für den Forschungsschwerpunkt Europa als notwendig erachtet werden?

Aus der gegebenen Sachlage heraus kann ich diese Fragen nicht einzeln behandeln, sondern ich erlaube mir, sie wie folgt, global zu beantworten:

- 2 -

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat an der Forschung über Außenpolitik und insbesondere über die außenpolitisch relevanten Entwicklungen in Europa größtes Interesse. Die bisherigen Bemühungen im Rahmen der Budgetverhandlungen spezielle Mittel für diesen Zweck zu erhalten waren nicht erfolgreich. Ich halte diesen Zustand für unhaltbar und werde mich weiter bemühen diesen Mißstand abzuheben.

Die Zusammenarbeit mit den für das Außenministerium relevanten Wissenschaften muß daher auf andere Weise erfolgen.

Einer der Wege, die dazu beschritten wurden, war die Pflege von regelmäßigen Kontakten zwischen der Ressortleitung und österreichischen Diplomaten auf der einen, und österreichischen Wissenschaftlern auf der anderen Seite. Bei einem dieser Gespräche ist zu einem sehr frühen Zeitpunkt auch die Idee ventiliert worden "Europarechtsinstitute" zu errichten. Ich habe diese Idee politisch unterstützt und sie ist dankenswerter Weise vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung aufgegriffen worden.

Ein Naheverhältnis besteht zum "Österreichischen Institut für internationale Politik", in dessen Vorstand auch ich Mitglied bin. Bei voller Respektierung des schon durch die Wissenschaftlichkeit des Institutes vorgezeichneten Anspruches auf völlige Unabhängigkeit war es doch möglich, mit diesem Institut in eine für beide Seiten nützliche Verbindung zu treten. Es war zweifelsohne zum beiderseitigen Nutzen, daß sich infolge dieser dichter Kontakte das Forschungs- und Publikationsprogramm des Institutes numehr verstärkt an europäischen Themen orientiert. Ich wäre sehr daran interessiert, wenn die Arbeiten des Instituts so gestaltet werden, daß sie vom Außenministerium unmittelbar verwertet werden können.

Eng sind auch die Beziehungen zur "Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen", die sich freilich schwerpunktmäßig nicht der Forschung widmet, sondern deren Bestreben es vielmehr ist, ein Forum für die Aussprache über außenpolitisch relevante Themen zu bieten.

- 3 -

Hilfestellung verschiedener Art wurden auch dem österreichischen Institut für Friedensforschung und Friedenserziehung in Schlaining gewährt, wobei das Außenministerium insbesondere die Zusammenarbeit dieses Institutes mit der UNESCO unterstützt.

Das sich noch im Diskussionsstadium befindliche Projekt einer Osteuropastiftung der EG, an welchem auch Nicht-EG-Mitgliedstaaten mitwirken könnten, würde im Fall seiner Verwirklichung zur Verstärkung der außenpolitisch relevanten Forschung beitragen. Ich habe mich schon mehrfach gegenüber Spitzenfunktionären der EG dafür eingesetzt, daß sich dieses Institut in Österreich niederläßt.

Im Rahmen der vom BMA geleiteten "Arbeitsgruppe für Europäische Integration" ein detaillierter Rechtsvergleich des gesamten binnemarktrelevanten Rechtsstandes der Gemeinschaft mit den einschlägigen österreichischen Gesetzen vorgenommen, Übereinstimmungen und Unterschiede herausgearbeitet und der für eine volle Teilnahme am Binnenmarkt erforderliche rechtliche Anpassungsbedarf Österreichs ermittelt. Diese vergleichende Prüfungs- und Evaluierungstätigkeit wird laufend für alle neuen Rechtsakte, welche die Gemeinschaft zur Vollendung des Binnenmarktes beschließt, fortgesetzt.

Das Außenministerium hat federführend mit der Gemeinschaft ein bilaterales Abkommen über die volle und gleichberechtigte Teilnahme Österreichs am Mobilitätsprogramm der EG für Wirtschaftswissenschaftler ("Stimulierungsplan zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftswissenschaften" - SPES) verhandelt. Der Vertrag sieht für österreichische graduierte Wirtschaftswissenschaftler die Möglichkeit vor, ab sofort Forschungsvorhaben im EG-Raum über Themen durchzuführen, welche die Europäische Integration und im besonderen den europäischen Binnenmarkt betreffen. Die Finanzierung der ausgewählten Forschungsprojekte erfolgt aus dem Budget der Gemeinschaft für SPES, zu dem Österreich Beiträge in der Höhe von 2,66 % (entsprechend seinem BNP) leistet.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

